

pro natura magazin

5/2019 SEPTEMBER



**Die Wahl für eine umweltfreundlichere
Schweiz liegt in unserer Hand**



Transparenz für die Wahlen

Welche politischen Parteien setzen sich im Nationalrat für Natur und Umwelt ein? In unserem Wahldossier zeigen wir auf, wie die Parteien zu umweltrelevanten Vorlagen abgestimmt haben und welche Wichtigkeit bei ihnen der Naturschutz hat.

Vera Howard

Stefan Huwiler

Zeugin des Klimawandels

Sie musste zuschauen, wie in ihrem Kanton Zehntausende Buchen vertrockneten. Deshalb hat die jurassische Kantonsförsterin Mélanie Oriet nun Alarm geschlagen.



Florence Kupferschmid



Das Jagdgesetz und seine Opfer

Mit der Revision des Jagd- und Schutzgesetzes sollen geschützte Arten auf Vorrat abgeschossen werden können. Pro Natura ergreift deshalb das Referendum.



Raphael Weber

Übungsende am Glaubenberg

Die Armee zieht sich aus der grössten Moorlandschaft der Schweiz zurück, dies ist eine riesige Chance für den Naturschutz.

pro natura magazin

Mitgliederzeitschrift von Pro Natura - Schweizerischer Bund für Naturschutz

pro natura von der Zewo als gemeinnützig anerkannt.



Impressum: Pro Natura Magazin 5/2019. Das Pro Natura Magazin erscheint fünfmal jährlich (plus Pro Natura Magazin Spezial) und wird allen Pro Natura Mitgliedern zugestellt. ISSN 1422-6235

Redaktion: Raphael Weber (raw), Chefredaktor; Nicolas Gattlen (nig), Redaktor; Florence Kupferschmid-Enderlin (fk), Redaktion französische Ausgabe; Judith Zoller, pro natura aktiv.

Layout: Vera Howard, Raphael Weber. **Titelbild:** Illustration Vera Howard.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: René Amstutz, Markus Arn (ma), Michael Casanova (mc), Anita Huber (ah), Stella Jegher, Simona Kobel (sk), Urs Leugger-Eggimann, Rico Kessler, Marcel Liner (ml), Sabine Mari, Susanna Meyer (sm), Lorenz Mohler (Übersetzungen), Elena Strozzi (es), Urs Tester (ut), Alena Wehrli (Übersetzungen), Sara Wehrli (sw), Friedrich Wulf (fw).

Redaktionsschluss Nr. 1/2020: 12. November 2019

Druck: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen. Auflage: 166 000 (120 000 deutsch, 46 000 französisch). Gedruckt auf FSC-Recyclingpapier.

Anschrift: Pro Natura Magazin, Postfach, 4018 Basel; Tel. 061 317 91 91 (9 – 12 und 14 – 17 Uhr), Fax 061 317 92 66, E-Mail: mailbox@pronatura.ch; www.pronatura.ch; PK-40-331-0

Inserate: CEBECO GmbH, Webereistr. 66, 8134 Adliswil, Tel. 044 709 19 20, Fax 044 709 19 25, cebeco@bluewin.ch Inserateschluss 1/2020: 22. November 2019

Pro Natura ist Gründungsmitglied der Internationalen Naturschutzunion IUCN und Schweizer Mitglied von Friends of the Earth International.

www.pronatura.ch

4 thema

- 4 Vier ernüchternde Jahre: Die Umweltbilanz des rechtsbürgerlich dominierten Nationalrats.
 - 9 Vier ernüchternde Jahrzehnte: Der langjährige Umweltjournalist Hanspeter Guggenbühl zieht Bilanz.
 - 14 Hoffnung für die kommenden Jahre: Die Forderungen der Klimastreikbewegung gilt es ernst zu nehmen.
-

16 köpfe

18 in kürze

20 brennpunkt

- 20 Übers Ziel hinaus geschossen: Das revidierte Jagd- und Schutzgesetz ist ein Rückschritt für die Natur.
 - 22 Unklares Ziel: Die zweite Revision des Raumplanungsgesetzes verfolgt widersprüchliche Ziele.
 - 24 Ausgeschossen: Die Armee zieht sich vom Waffenplatz Glaubenberg zurück.
 - 27 Zielloos: Die konventionelle Landwirtschaft tut sich schwer mit Erneuerungen.
-

28 infogalerie

- 28 Tierische Patienten: Pflegestationen kümmern sich um verletzte Wildtiere.
-

34 news

- 34 Grüne Korridore: Kleinstrukturen zeigen Hermelin & Co. den Weg.
 - 35 Widersprüchliche Subventionen: Wenn die linke Hand nicht weiss, was die rechte tut.
-

36 service

40 beobachtet

43 pro natura aktiv

48 shop

51 cartoon

52 letzte



editorial

Mehr als Lippenbekenntnisse

Taten statt Worte, diesen Wahlkampfspruch kennen wir von einer politischen Partei. Und genau dieser Slogan ist auch der Leitfaden bei der Planung dieses Pro Natura Magazins gewesen. Angesichts der dynamischen Klimastreikbewegung haben auf einmal zahlreiche Politikerinnen und Politiker das Potenzial des Themas Umweltschutz entdeckt und geben sich vor den bevorstehenden Parlamentswahlen betont naturfreundlich. Doch ist diese plötzliche Haltung auch wirklich glaubwürdig?

Zur Klärung dieser Frage haben wir statt den Versprechen – den Worten – die bisherigen Handlungen – die Taten – der Parteien und ihrer Politiker unter die Lupe genommen. Auf umweltrating.ch kann nachverfolgt werden, wie die Nationalrätinnen und Nationalräte während den vergangenen Jahren zu umweltrelevanten Themen abgestimmt haben. Wir haben für dieses Magazin wichtige Geschäfte herausgepickt und zeigen dabei exemplarisch auf, welche Positionen die Parteien zu Umweltthemen vertreten.

Dabei wird schnell klar: Wer einer Partei die Stimme geben möchte, die sich vorbehaltlos für die Natur und die Umwelt einsetzt, findet bei den Grünen und der SP eine Heimat, mit kleinen Abstrichen auch bei der GLP und der EVP. Wer aufgrund seiner Weltanschauung nicht linksgrün stimmen mag, wird auch in der bürgerlichen Mitte gute Optionen finden. Die BDP vertritt häufig naturfreundliche Positionen, bei der CVP empfiehlt sich eine genaue Betrachtung der einzelnen Kandidierenden, weil innerhalb der Fraktion grosse Unterschiede in Sachen Umweltfreundlichkeit bestehen.

Bleibt die Urheberin des eingangs zitierten Slogans, die FDP: Sie hat in den vergangenen vier Jahren als gesamte Fraktion leider wenige ökologische Taten geleistet, obwohl das Umweltbewusstsein durchaus in der Partei verankert ist, wie das ein langjähriger Politbeobachter im Interview schildert. Wenn die FDP nun ökologischen Themen mehr Wichtigkeit beimessen will, begrüssen das sicherlich auch die Umweltverbände. Dennoch bleibt eine gewisse Skepsis, ob das nicht nur leere Worte sind. So hat ausgerechnet die Parteipräsidentin Petra Gössi, die nun die grüne Wende ausgerufen hat, im Nationalrat eine Umweltbilanz von unter 20 Prozent. In vier von fünf umweltrelevanten Abstimmungen hat sie also gegen die Interessen von Natur und Umwelt gestimmt.

Nicht gross eingehen müssen wir übrigens auf die SVP, die eine desaströse Umweltbilanz von unter fünf Prozent hat und die grossen Herausforderungen unserer Generation – die Klima- und Biodiversitätskrise – verneint oder kleinredet. Deshalb rufen wir unsere Mitglieder auf, an den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober einen Gegenpunkt zu setzen und Politikerinnen und Politiker ihre Stimme zu geben, die sich mit Taten und nicht nur mit Worten für die Zukunft dieses Planeten einsetzen.

RAPHAEL WEBER, Chefredaktor Pro Natura Magazin

Vor der Richtungswahl

Im rechtsbürgerlich dominierten Parlament hatten Umweltanliegen in den vergangenen vier Jahren einen schweren Stand. Nun eröffnet sich bei den Wahlen vom 20. Oktober die grosse Chance, den National- und Ständerat auf einen umweltfreundlicheren Kurs zu bringen.

Es waren gewiss nicht Umweltthemen, welche die Legislatur 2015–19 prägten. AHV, Europapolitik und Steuerreformen waren in den Schlagzeilen, Natur und Landschaft eher Nebenschauplätze – jedenfalls solange bis bei der grossen CO₂-Debatte die Interessenvertreter von Erdölbranche, Luftfahrt und Co. ihr wahres Gesicht zeigten. Das war noch vor den grossen Klimademonstrationen. Doch auch auf den Nebenschauplätzen agierten die Parlamentarier-Lobbyisten von Agrochemie, Energie, Landwirtschaft und Industrie alles andere als harmlos. Das

zeigen zahlreiche Vorstösse mit dem Ziel, bewährte Regelungen zum Schutz von Natur- und Landschaft abzubauen. Der rechtsbürgerlich dominierte Nationalrat winkte viele von ihnen durch. Oft war es dem eher Mitte-links-geprägten Ständerat zu verdanken, dass ein drastischer Abbau im Natur- und Landschaftsschutz verhindert werden konnte. Mehrere Beispiele dazu finden Sie auf den folgenden Seiten, auf denen wir konkret aufzeigen, wie der Nationalrat zu umweltrelevanten Vorlagen abgestimmt hat.

Grafiken: Isabelle Bühler

Geschäft 15.4094

Postulat zur Entwicklung von Strategien für eine erdölfreie Schweiz.



BDP
GLP
Grüne
umweltfreundlich
umweltfeindlich
Enthaltung/abwesend

Grüne

CVP

FDP

SP

SVP

Abstimmung:
59:121
abgelehnt

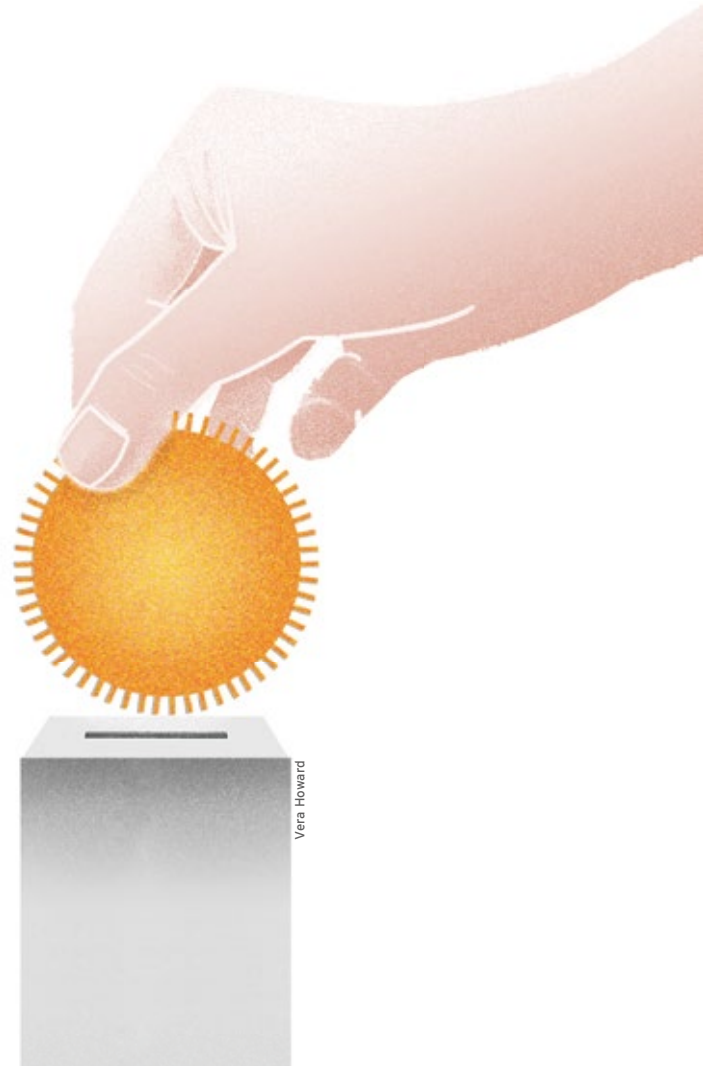
Der Fraktion der Grünen gehört ein Vertreter der PdA an.
Der Fraktion der CVP gehören zwei Vertreter der EVP und einer der CSP an.
Der Fraktion der SVP gehören zwei Vertreter der Lega dei Ticinesi, zwei Parteilose und ein Vertreter des MCR (Mouvement citoyen romand) an.

Energiewende: Verpasste Chance zur Erdölablösung

Eingereicht im Dezember 2015, also lange vor den grossen Klimademos, sollte dieses Postulat von Isabelle Chevalley (GLP, VD) den Bundesrat mit einer Strategie beauftragen, für die Schweiz eine erdölfreie Zukunft zu gestalten. Dies vor dem Hintergrund, dass die Schweiz bis 2050 anhand des Pariser Klimaabkommens gänzlich auf fossile Brenn- und Treibstoffe verzichten sollte.

Der Bundesrat hatte das Postulat, obschon er das Anliegen im Grundsatz als berechtigt empfand, zur Ablehnung empfohlen. Er verwies auf die damals laufende Debatte zur Energiestrategie 2050. Und so hatte der Nationalrat diesen Vorstoss im Mai 2017 mit einer satten bürgerlichen Mehrheit von 121:59 Stimmen verworfen. Leider aber hat es das Parlament seither nicht geschafft, Massnahmen zu definieren, die zur Einhaltung des Pariser Abkommens führen würden.

Hier springt nun, wie so oft, die Zivilgesellschaft ein: Es wurde die Gletscherinitiative lanciert, welche die Loslösung von fossilen Energien zum Ziel hat. Konkret fordert sie, dass die Schweiz bis 2050 die Treibhausgasemissionen auf netto null senkt. Pro Natura unterstützt dieses Volksbegehren. mc



Parlamentsmitglieder unter der Lupe

Wer aber sind denn diese Parlamentsmitglieder, die in Zeiten von Biodiversitäts- und Klimakrise noch immer dem Umwelt- und Naturschutz an die Substanz wollen? Die Umweltallianz, der auch Pro Natura angehört, hat ein Instrument im Angebot, das präzise Antworten auf diese Frage liefert: Anhand von 54 parlamentarischen Geschäften, die für die Umwelt von besonderer Bedeutung waren, analysiert die Plattform umweltrating.ch das Abstimmungsverhalten aller bisherigen Parlamentsmitglieder. Sie

Biodiversität: Mitte-links lehnt Kürzung des Umweltbudgets ab

In der Budgetdebatte der Herbstsession 2017 unternahm der rechtsbürgerliche Block des Nationalrats zwei Versuche, dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) die Mittel zu kürzen. Der erste Kürzungsantrag betraf das Globalbudget des Bafu, das von 204,3 auf 199,7 Millionen Franken hätte gekürzt werden sollen. Davon wären mitunter geplante Stellenerhöhungen sowie Ausgaben für die Umweltbeobachtung betroffen gewesen. Der Antrag scheiterte mit 91:95 Stimmen, weil sich die FDP nicht geschlossen auf die Seite der SVP stellte und die Mitte-Parteien mehrheitlich sowie links-grün geschlossen dagegen stimmten.

Der zweite Kürzungsantrag, den wir in dieser Grafik aufzeigen, betraf die Ausgaben für die Leistungsgruppe «Schutz und Nutzung der Ökosysteme». Von der Kürzung von 1,1 Millionen Franken betroffen gewesen wären unter anderem die Budgetposition Natur und Landschaft und damit auch die Finanzierung der Sofortmassnahmen, die der Bundesrat 2016 für dringliche Sanierungs- und Aufwertungsmassnahmen in Biotopen von nationaler Bedeutung und für die Biodiversität im Wald beschlossen hatte. Auch dieser Kürzungsantrag wurde mit 93:97 Stimmen knapp abgelehnt, mit der gleichen Konstellation wie beim ersten Antrag. sk



bietet darüber hinaus einen Überblick über die Umweltfreundlichkeit der Parteien in der Legislatur 2015–2019.

Das nicht überraschende Resultat: Grüne, SP, EVP und GLP stimmen fast durchwegs für die Umwelt, die BDP zu rund zwei Dritteln und die CVP immerhin in der Hälfte der Fälle auch. FDP und SVP hingegen forcierten den Umweltaabbau.

Grosse Unterschiede innerhalb der Bürgerlichen

Bei genauerem Hinschauen sind aber auch innerhalb der Parteien teils beachtliche Unterschiede festzustellen: So gibt es namentlich in der CVP ein Spektrum von Parlamentsmitgliedern, die im Umweltrating mehr als 70 Prozentpunkte erreichen, und andere, die sich nur knapp über dem untersten Drittel bewegen. Auch in der FDP variieren die Resultate beträchtlich, wenngleich niemand die 50-Prozent-Marke knackt.

Auch im kommenden Jahr steht für Natur und Umwelt wieder viel auf dem Spiel. Besonders wichtige Entscheide stehen in der Agrarpolitik, der Raumplanung, beim Artenschutz und in der Klimapolitik an. In welche Richtung die Weichen bei den entsprechenden Abstimmungen gestellt werden, hängt zu einem guten Teil davon ab, wer am 20. Oktober ins Parlament gewählt wird.

Die Voraussetzungen für ein künftig umweltfreundlicheres Parlament scheinen dabei so gut wie schon lange nicht mehr, sind doch Klima und Biodiversität derzeit in aller Munde. Das

dürfte aber auch viele Kandidierende dazu veranlassen, sich nun vor den Wahlen in ein möglichst grünes Licht zu stellen. Genau es Hinschauen lohnt sich deshalb umso mehr.

Was versprechen die Kandidierenden?

Die Plattform umweltrating.ch bietet auch hier Hilfe: Nebst der Analyse des Abstimmungsverhaltens der Bisherigen erlaubt sie anhand einer Befragung sämtlicher Kandidierenden zu zentralen Themen der kommenden Legislatur einen Blick in die Zukunft: Was versprechen diese in Bezug auf ihre Haltung etwa zur Forderung nach mehr Flächen und Finanzen für die Biodiversität, zu einem verbindlichen Absenkepfad für Pestizide, zu einem Gentechnormatorium oder zur Reduktion der Tierbestände in der Landwirtschaft? 26 Fragen wurden gestellt, gegen 1000 Kandidierende haben bei Redaktionsschluss bereits ihre Antworten gegeben.

Rücken Biodiversität und Klima in der nächsten Legislatur vom Nebenschauplatz wieder auf die Ebene der grossen politischen Auseinandersetzungen, und wenn ja, mit welchem Ausgang? Sie haben es mit in der Hand: Gehen Sie am 20. Oktober wählen und geben Sie umweltfreundlichen Politikerinnen und Politikern Ihre Stimme!

STELLA JEGHER leitet bei Pro Natura die Abteilung Politik & Internationales.
www.umweltrating.ch



Artenschutz: Bürgerliche wollen den Wolf lieber tot als lebendig

Die Walliser Standesinitiative «Wolf. Fertig lustig!» war an Populismus kaum zu überbieten. Sie argumentierte, der Wolf «tötet wahllos, ohne sich um die Bedürfnisse der Fauna zu kümmern, meist tut er das aus blosser Lust am Töten». Die Jagdgesetzgebung sollte angepasst werden, sodass der Wolf «gejagt werden darf». Zudem solle die Schweiz aus der Berner Konvention austreten – der wichtigsten europäischen Vereinbarung zum Schutz der Artenvielfalt.

Der Vorstoss wurde vom Ständerat abgelehnt. In der Folge sprachen sich allerdings die nationalrätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) und der Nationalrat mit 101 zu 83 Stimmen für die Initiative aus. Sie konnte erst durch die erneute Ablehnung des Ständerats erledigt werden.

Die Unterstützer dieses Frontalangriffs auf den Wolf stammten aus den Reihen der SVP, CVP und FDP, während das Anliegen im Nationalrat von sämtlichen Linksparteien, der GLP wie auch der BDP einstimmig abgelehnt wurde. Immerhin gab es bei der FDP-Fraktion neun Abweichler, bei der CVP deren sechs und bei der SVP bescheidene drei. sw



Wirtschaft: Keine Transparenz beim Rohstoffhandel

Im Rahmen der Aktienrechtsrevision hatte der Bundesrat vorgeschlagen, internationale Transparenzbestimmungen für die Rohstoffbranche nachzuvollziehen. Davon hätte auch die Umwelt profitiert, weil vor allem in Entwicklungsländern der Rohstoffabbau oft mit massiven Schäden für die Umwelt einhergeht. Durch die Offenlegung von Zahlungen an Regierungen kann Korruption in Entwicklungsländern bekämpft und somit das Funktionieren des Staates und das Einhalten von Umweltgesetzen verbessert werden.

Für die Schweiz, als Drehscheibe des weltweiten Rohstoffhandels, hätte eine solche Regelung eine grosse (Signal-)Wirkung gehabt. Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat war jedoch der Meinung, dass der Rohstoffhandel von den Transparenzbestimmungen auszuklammern sei. Ein entsprechender Antrag wurde mit 132:63 Stimmen angenommen.

Auch deshalb unterstützen die Umweltverbände die Konzernverantwortungsinitiative, die mitunter solche Transparenzbestimmungen fordert, um den Schutz der Umwelt zu verbessern.

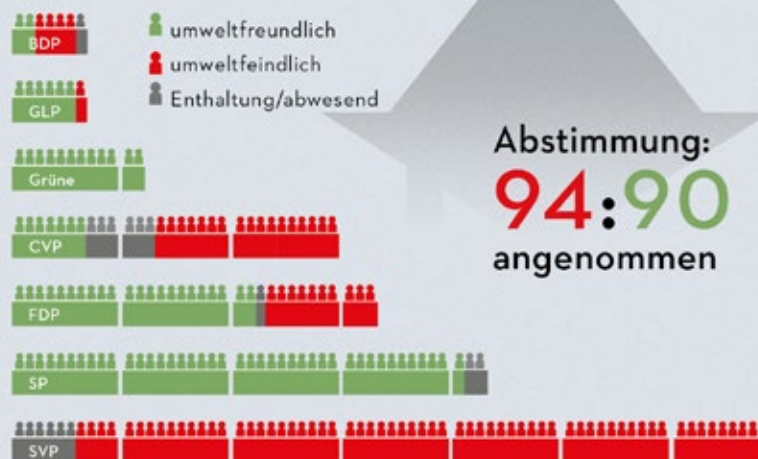
Geschäft 16.077-1

Aktienrechtsrevision:
Keine Transparenz im Rohstoffhandel.



Geschäft 16.3697

Motion zur maximalen Nutzung von Gebäudevolumen ausserhalb der Bauzone.



Raumplanung: Nationalrat heizt die Zersiedelung an

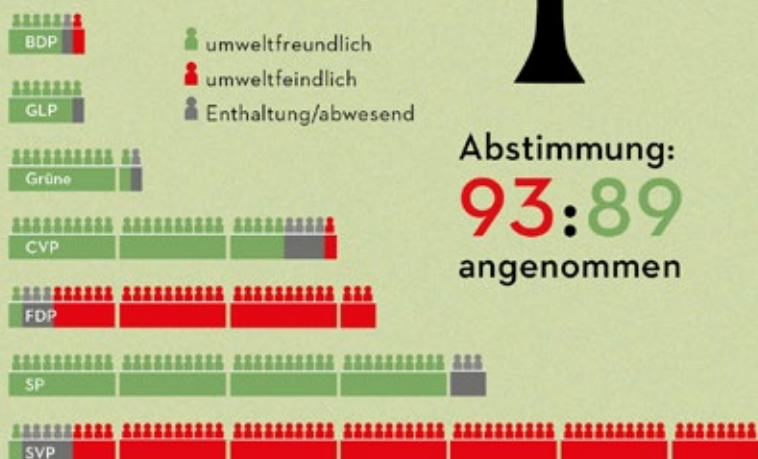
Fast 40 Prozent aller Gebäude der Schweiz befinden sich ausserhalb der Bauzone. Dieser Anteil soll sich nach dem Willen des Nationalrats weiter erhöhen. Im Juni 2017 stimmte er – hauchdünn – einer Motion des Nationalrats und Bauern Pierre-André Page (SVP, FR) zu, wonach das Raumplanungsgesetz eine maximale Nutzung des Gebäudevolumens ausserhalb der Bauzone erlauben soll.

Schon heute sind für landwirtschaftliche Wohn- und Nutzgebäude Teilerneuerungen, massvolle Erweiterungen oder sogar Neubauten möglich, sofern die 2012 festgelegten Kriterien berücksichtigt werden: maximale Erhöhung der Bruttogeschossfläche um 60 Prozent beziehungsweise maximale Erweiterung um 30 Prozent oder 100 Quadratmeter. Der bürgerlichen Mehrheit gingen diese grosszügigen Ausnahmen aber nicht genügend weit.

Mit der Aufhebung der Nutzungsbeschränkung für vorhandene Gebäude werden wiederum neue Begehrlichkeiten geschaffen, etwa mehr Parkplätze oder ein Ausbau der Zufahrtswege. Dies führt zu einem weiteren Flächenverlust sowie einer verstärkten Beeinträchtigung und Zersiedelung der Landschaft. es

Geschäft 15.3458

Motion zum Stopp bei den Landschaftsqualitätsprojekten.



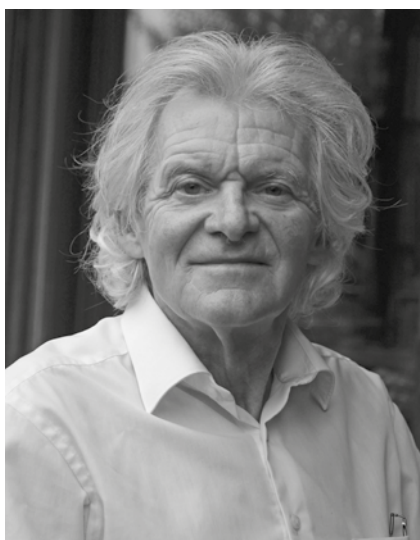
Landwirtschaft: Intensivproduktion statt auch Landschaftspflege

Die Motion des SVP-Nationalrats Hansjörg Knecht (AG) verlangte vom Bundesrat, die im Rahmen der Agrarpolitik 2014 – 2017 neu eingeführten Landschaftsqualitätsprojekte wieder zu streichen. Seine Begründung war, dass die Bundesbeiträge nicht die Produktion unterstützten, sondern «nur» die Landschaftspflege. Darum müssten die Mittel für die Landschaftsqualitätsprojekte zurückgefahren und der «produzierenden» Landwirtschaft zugeführt werden, so seine Argumentation.

Der Bundesrat hat die Motion abgelehnt mit der Begründung, dass die Pflege der Kulturlandschaft per Definition ein Koppelprodukt der Produktion von Nahrungsmitteln sei. Die vom Parlament in der vorhergehenden Legislatur angenommenen Beiträge zur Landschaftsqualität hindere die Landwirtschaft nicht daran, ihre Produktionsleistung effizient wahrzunehmen. Trotzdem hat eine Mehrheit im Nationalrat die Motion angenommen. Dazu reichten die Stimmen der fast geschlossenen SVP- und FDP-Fraktionen. Der Ständerat hat dann aber, wie mehrmals in dieser Legislatur, korrigierend eingegriffen und die Motion einstimmig abgelehnt. ml

«Wenn jemand zu wirtschaftlichem Rückschritt aufruft, ist die Gefahr gross, dass er nicht wiedergewählt wird»

Er verfolgt die Umweltpolitik seit 40 Jahren und mag deshalb vor den Wahlen nicht allen Umweltversprechen Glauben schenken. Doch der Journalist Hanspeter Guggenbühl ist auch der Meinung, dass die Politik die zentrale Umweltfrage nicht angeht.



Hanspeter Guggenbühl (70) verfolgt als freischaffender Journalist seit über 40 Jahren intensiv die nationale Umwelt- und Wirtschaftspolitik und hat für zahlreiche Medien gearbeitet. Zu seinen Kernthemen, insbesondere der Wachstumspolitik, hat er auch mehrere Bücher verfasst

Pro Natura Magazin: Vor den Wahlen scheinen wir uns nicht mehr um die Zukunft unseres Planeten sorgen zu müssen, weil sich fast alle Parteien sehr umweltbewusst geben.

Hanspeter Guggenbühl: Offensichtlich gehen die meisten Parteien davon aus, dass die Umwelt respektive der Klimawandel im Zentrum der Wahlen steht. Eine Partei weicht davon ab, indem sie den Klimawandel infrage stellt oder sagt, dass die Schweizer Politik keinen Einfluss darauf habe.

Sie sprechen von der SVP.

Genau. Ich schliesse nicht aus, dass man auch mit dieser Haltung Erfolg haben kann, indem man Leute abholt, die eine Politik gegen den Klimawandel ablehnen.

Den grössten Wandel bei der Klimadebatte hat die FDP vollzogen. Sie verfolgen die Umweltpolitik nun seit 40 Jahren. Ist diese Neupositionierung glaubwürdig?

Viele Kommentatoren haben von einer Kehrtwende gesprochen, aber in Programmpapieren hat sich die FDP schon immer mit Umweltpolitik beschäftigt und forderte zum Beispiel schon vor Jahrzehnten ökologische Lenkungsabgaben.

Zum Durchbruch verholfen hat sie diesen aber nie.

Ja, im konkreten Fall hat sie eben immer anders als in ihrem Parteiprogramm entschieden.

Sind Umweltthemen bei der FDP also nur eine Art «nice to have», das in einer Abwägung immer den Wirtschaftsinteressen unterliegt?

Als Journalist habe ich mich oft dem Thema Bekenntnisse und Handeln gewidmet, und da gibt es bei der selbst deklarierten Wirtschaftspartei tatsächlich Widersprüche. Im konkreten Fall hat die FDP den kurzfristigen Interessen der Wirtschaft immer Vorrang eingeräumt und ist



den Parolen der grossen Wirtschaftsverbände gefolgt. Das Kurzfristige oder Kurzichtige hat bei allen Parteien Vorrang, weil eine Legislatur nur vier Jahre dauert und Politiker in dieser Zeit «Erfolge» vorweisen müssen, um wiedergewählt zu werden.

Die FDP wollte nach Fukushima auch einmal für kurze Zeit aus der Atomkraft aussteigen...

...Ja, und hat danach die neue Energiestrategie bekämpft. Wer glaubt, «blau ist das bessere grün» und die blaue FDP sei darum eine Umweltpartei, muss selber etwas blau sein – im Sinne von blauäugig.

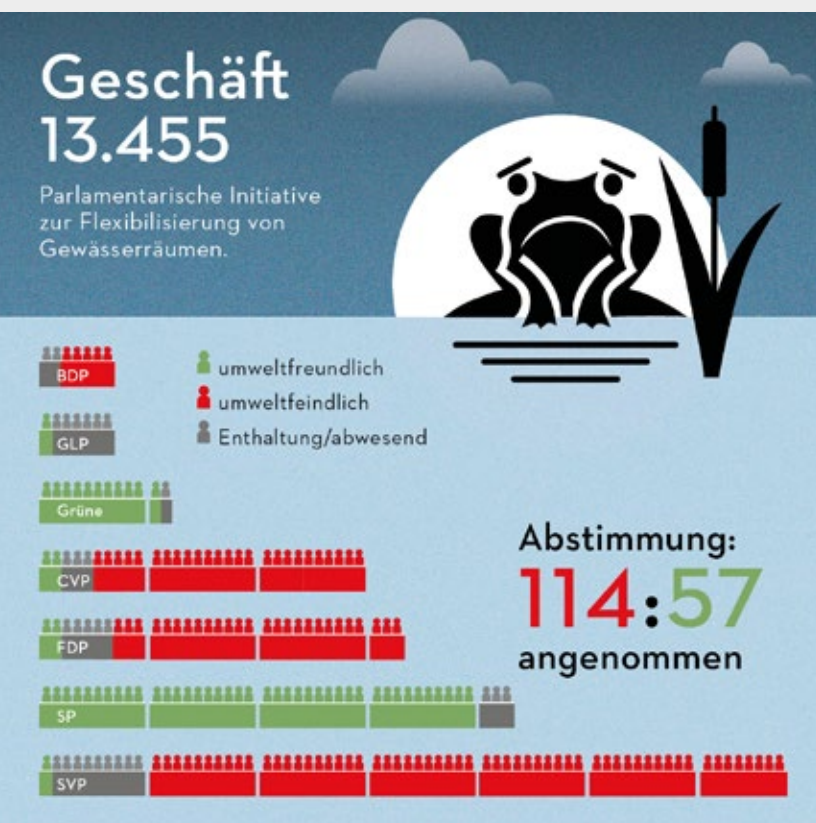
In der Mitte des Parteispektrums beklagt sich die CVP gerne, dass niemand mehr unaufgeregte und konsensfähige Mittepolitik unterstütze.

Hat die CVP Ihrer Meinung nach in der Umweltpolitik diese Vermittlerfunktion zwischen dem rechtsbürgerlichen und linksgrünen Block?

Im Umweltring sieht man, dass die CVP umweltfreundlicher stimmt als die FDP und selbstredend die SVP. Die CVP hat als Zünglein an der Waage auch schon linksgrünen Umwelthanliegen zum Durchbruch verholfen, aber generell haben bei ihr Umwelthanliegen keinen Vorrang.

Ist die CVP für Sie als langjähriger Beobachter berechenbar, und lässt sich anhand ihres Parteiprogramms klar abschätzen, wie sie sich bei anstehenden Umweltvorlagen positionieren wird?

Sie ist eine Wundertüte. Und sie stimmt weniger geschlossen als die Parteien links und rechts von ihr.

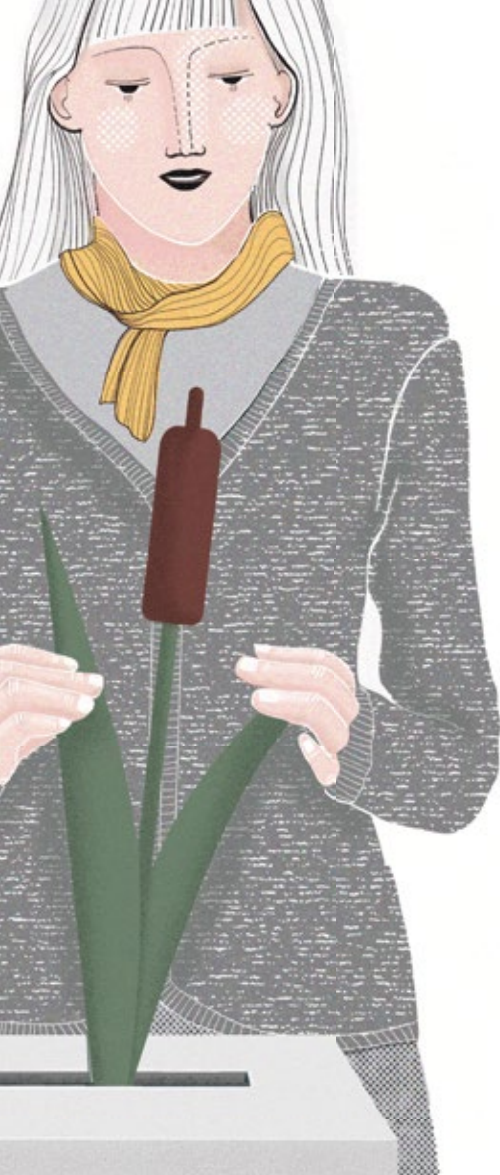


Gewässerschutz: Bürgerliche winken Verkleinerung durch

Gewässer brauchen Raum. Sie brauchen ihn, um Hochwasserereignisse abfedern zu können und ihre biologischen Funktionen wahrzunehmen. Das Gewässerschutzgesetz – vom Schweizer Stimmvolk mit grosser Mehrheit angenommen – sieht deshalb vor, dass die Kantone entsprechende Gewässerräume ausscheiden müssen. Bauern dürfen diese Flächen bewirtschaften, aber nur extensiv; das Ausbringen von Pestiziden und Dünger ist auf diesen Flächen untersagt.

Trotzdem wurden von der Bauernlobby diverse Angriffe auf die Gewässerräume lanciert. So auch die parlamentarische Initiative des damaligen Nationalrats Guy Parmelin. Diese forderte, dass die «regionalen Gegebenheiten» zu berücksichtigen sind. Was nichts anderes bedeutet, als dass die gesetzlich festgelegten Mindestgrössen der Gewässerräume ungefragt unterschritten werden dürfen, um möglichst kein intensiv genutztes Ackerland zu Gunsten von Gewässer und Natur in extensive Nutzung überführen zu müssen.

Im Nationalrat hat die Vorlage eine grosse Mehrheit gefunden: Mit beinahe geschlossener Zustimmung von SVP, CVP und FDP wurde die Motion im Dezember 2016 mit 114:57 Stimmen angenommen. Im Ständerat fand die Motion dann jedoch keine Mehrheit mehr. mc/ml



Makellose Umweltbilanzen haben im Umweltrating die Grünen und die SP. Sind sie Garanten für eine konsequente Umweltpolitik?

Über die vergangenen Jahrzehnte sind es tatsächlich nur die linksgrünen Parteien gewesen, die sich konsequent für Umweltanliegen eingesetzt haben. Doch das Umweltrating spiegelt nicht alle relevanten Einflüsse auf unsere Umwelt. Weltweit, aber auch in der Schweiz, besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Wirtschaft und dem Zustand der Umwelt. Wächst die Wirtschaft, schrumpft die Natur, weil eine wachsende Wirtschaft tendenziell mehr natürliche Ressourcen verbraucht, Emissionen wie CO₂ ausstösst und Abfall hinterlässt. Deshalb war das Rezessionsjahr 2009 seit der Jahrtausendwende das einzige Jahr, in dem der globale Aus-

stoss von Treibhausgasen rückläufig war. Als Konsequenz hat aber keine Partei gefordert, weder global noch national, dass die Wirtschaft schrumpfen solle. Zugegeben, in den vergangenen Jahren hat sich der Ressourcenverbrauch ein bisschen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt, doch absolut hat er weiter zugenommen.

Hier würde wohl die GLP anknüpfen und einwenden, mit technischer Innovation seien die grossen Umweltprobleme zu lösen.

Das mag die GLP sagen, und das sagen alle Umwelttechnokraten. Doch diese Hoffnung ist fünfzig Jahre alt und hat sich punkto Naturverdrängung, Ressourcenverbrauch und Klimawandel nicht erfüllt. Man kann hoffen, dass sich das jetzt alles ändern wird und die GLP wählen. Ich sel-

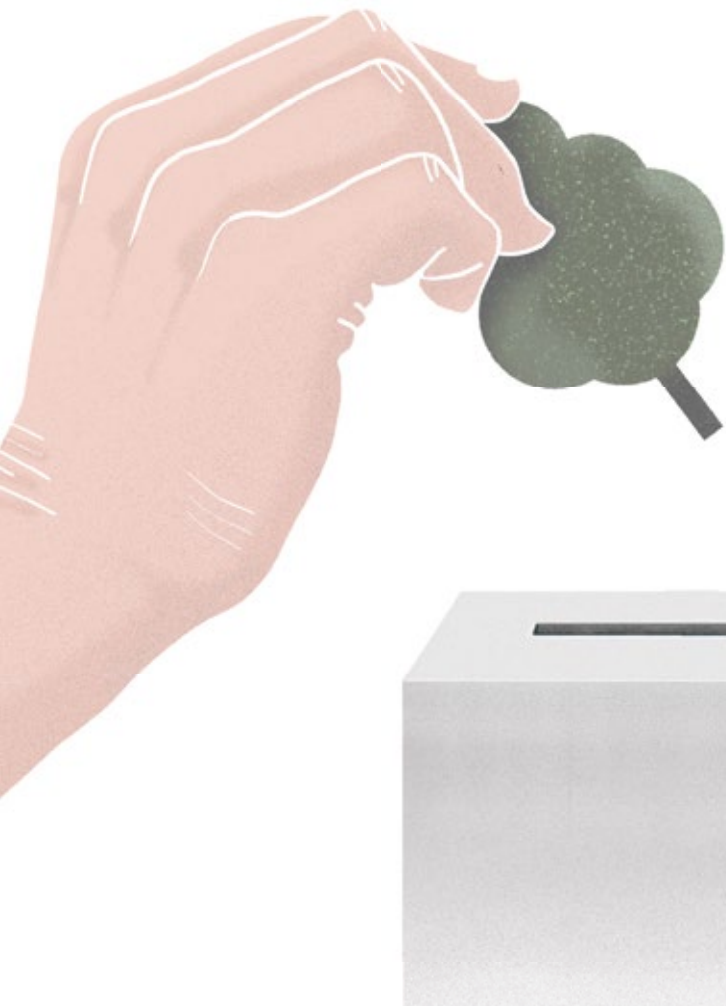
Pestizide: Glyphosat-Ausstiegsstrategie dank Mitte-links

Ein Postulat von Adèle Thorens Goumaz (Grüne, VD) forderte vom Bundesrat kein sofortiges Verbot des umstrittenen Herbizids Glyphosat, sondern einen Bericht. Darin soll aufgezeigt werden, ob ein schrittweiser Ausstieg aus der Verwendung des höchst umstrittenen Herbizids «Glyphosat» zweckmässig wäre und auf welche Weise dieser Ausstieg bewerkstelligt werden könnte. Die Postulantin forderte explizit, dass dieser Bericht im Dialog mit den betroffenen Kreisen, insbesondere mit der Landwirtschaft, erfolgen solle.

Trotz des sehr moderat formulierten Postulats opponierten mehrere SVP-Bauernparlamentarier, die den Vorstoss nicht mit sachlichen Argumenten bekämpften: Das Postulat wolle «die Schweizer Landwirtschaft schwächen», es wolle den Bauern «alles verbieten», ein Bericht sei unnötig, denn «es gelten ja schon strenge Regeln in der Schweiz» – so einige der Behauptungen.

Das Postulat wurde im September 2018 schliesslich mit 95:78 Stimmen angenommen. Geschlossen dafür waren die Fraktionen der Grünen, SP, GLP und BDP. Dazu eine grosse Mehrheit der CVP. Dagegen stimmte eine grosse Mehrheit von FDP und SVP. Der Bericht wird nun in der Verwaltung erarbeitet und frühestens im nächsten Jahr veröffentlicht. ml



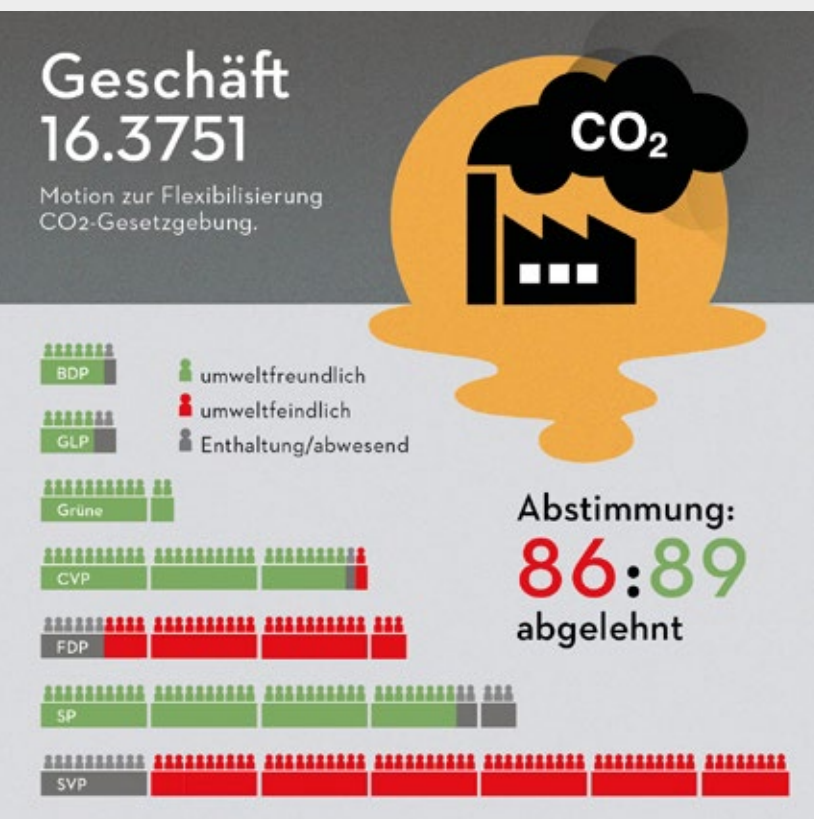


«Die zentrale Frage für unsere Menschheit müsste lauten, wie eine Welt ohne Wirtschaftswachstum funktionieren kann.»

ber bin weniger technikgläubig. Dank technischem Fortschritt konnten zwar schädliche Auswirkungen verringert werden, etwa durch die Filterung von Schadstoffen, letztlich ist das aber nur Symptombekämpfung.

Kurzum: Sie sagen, dass die Politik an den grossen Problemen vorbeischarmt.

Das ist so, die zentrale Frage für unsere Menschheit müsste lauten, wie eine Welt ohne Wirtschaftswachstum funktionieren kann. Doch die Zwänge des Wirtschaftssystems sind viel stärker als die Einflüsse der Politik.



Klimaschutz: FDP scheitert hauchdünn mit Verwässerung der Ziele

Vor der Zeit der Klimastreiks, aber schon mitten im Klimawandel, wollte diese Motion der FDP-Fraktion erreichen, dass auf feste Reduktionsziele für CO₂-Emissionen im Inland verzichtet wird. Zielvereinbarungen und Zwischenziele mit Unternehmen hätten flexibel gestaltet werden sollen, inklusive flexibler Dauer.

Bei Annahme der Motion wäre die Schweiz im Bereich Klimaschutz ins Hintertreffen geraten und hätte sich zwar zum Pariser Abkommen bekannt, aber anstatt konkrete Ziele für die Reduktion im Inland festzulegen, wäre mit relativ unverbindlichen Vereinbarungen und Zwischenzielen gearbeitet worden. Reduktionen im grösseren Stil hätten in erster Linie durch den Zukauf von ausländischen Reduktionszertifikaten stattfinden sollen, während Massnahmen im Inland völlig vernachlässigt worden wären.

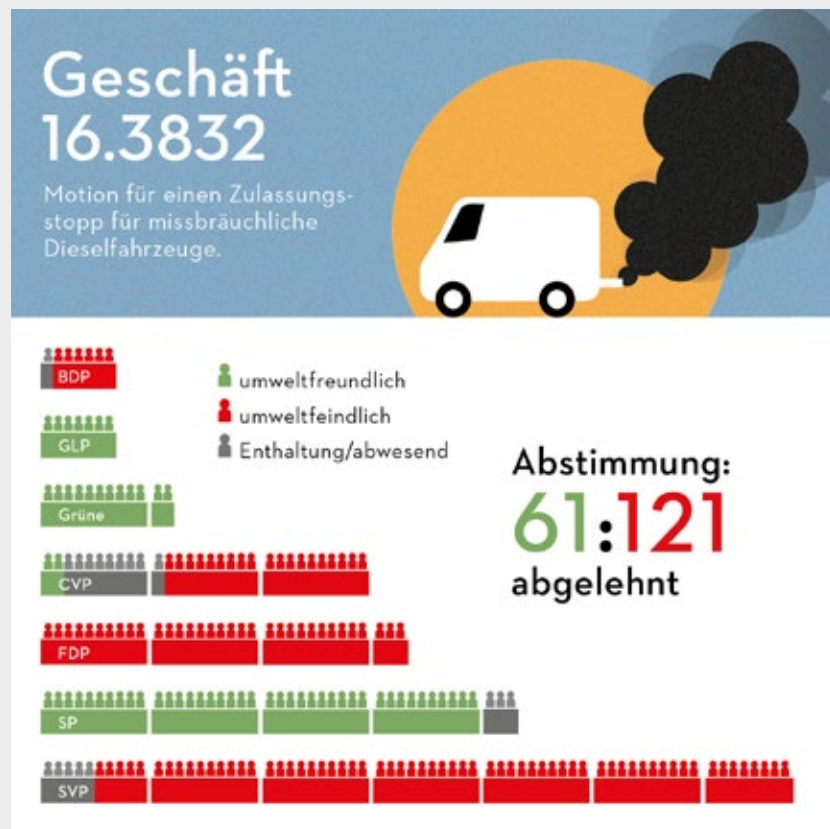
Der Nationalrat hat die Motion, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, abgelehnt. Ausgesprochen knapp allerdings. SVP und FDP haben geschlossen dafür gestimmt, wegen zahlreicher Absenzen in ihren Reihen aber zuletzt doch mit drei Stimmen Unterschied verloren. mc

Mobilität: Bürgerliche lassen Dreckschleudern weiterrollen

Der Skandal war riesig: Mit Manipulationen an den Fahrzeugen wurden die Abgaswerte von überdimensionierten Dieselfahrzeugen derart verfälscht, dass sie im Testbetrieb die geltenden Grenzwerte für Stickoxide (NOx) zwar eingehalten haben – im Normalbetrieb aber wurden diese Werte teilweise bis um mehrere Faktoren überschritten. Stickoxide sind eine ernst zu nehmende Belastung der Luft und rufen Gesundheitsprobleme hervor. Über die Hälfte der lokalen NOx-Belastung in der Schweiz wird durch den Strassenverkehr verursacht.

Die Motion von Evi Allemann (SP, BE) forderte einen Zulassungsstopp für manipulierte Fahrzeuge, welche die Abgasgrenzwerte im Normalbetrieb nicht einhalten. Der Bundesrat empfahl die Motion zur Ablehnung, weil die Schweiz sich verpflichtet habe, die Fahrzeuggenehmigungen der EU anzuerkennen und umgekehrt. Ein einseitiges Vorgehen der Schweiz könnte laut Bundesrat einen Vertragsbruch bedeuten.

Doch wenn Umwelt und öffentliche Gesundheit gefährdet sind, was in diesem Fall kaum von der Hand zu weisen ist, ist ein eigenständiges Vorgehen auch im Rahmen der bilateralen Verträge erlaubt. Trotzdem wurde die Motion mit 61:121 Stimmen im Nationalrat abgelehnt. SVP, FDP, CVP und BDP stimmten (fast) geschlossen dagegen. mc



Die Politik definiert die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Ja, aber es gab noch nie einen politischen Vorstoss, der die Schrumpfung des Bruttoinlandprodukts gefordert hat.

Auf linksgrüner Seite sind Aspekte wie Ressourcenverbrauch durchaus Schlüsselthemen. Sie waren auch der zentrale Aspekt der Volksinitiative der Grünen Partei «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft». Doch die klar verlorene Abstimmung hat gezeigt, dass solche Forderungen nicht mehrheitsfähig sind.

Das mag das Dilemma der Politiker aufzeigen: Wenn jemand zu wirtschaftlichem Rückschritt und weniger Wohlstand aufruft, ist die Gefahr gross, dass er nicht wiedergewählt wird.

Das klingt nach einem ernüchternden Votum, dass es egal ist, wen man wählt, oder dass man gar nicht wählen soll.

Der Einfluss der Politik ist in einer globalisierten Welt mit vielen wirtschaftlichen Sachzwängen tatsächlich begrenzt. Doch innerhalb dieser Grenzen soll man trotzdem eine engagierte Politik betreiben und erreichen, was möglich ist. Irgend jemand sagte einmal: Auch wenn die Welt morgen untergeht, lohnt es sich, heute noch ein Apfelbäumchen zu pflanzen.

Interview: RAPHAEL WEBER, Chefredaktor Pro Natura Magazin



zur sache

Die Klima- und Biodiversitätskrise muss jetzt angegangen werden!

«Wir sind hier! Wir sind laut! Weil ihr uns die Zukunft klaut!» So hallt es seit einigen Monaten jeweils an Freitagen durch die Strassen unserer Städte. Kinder und Jugendliche konfrontieren uns mit einer unbequemen Tatsache: Mit unserer heutigen Lebensweise, mit unserem Raubbau an den natürlichen Ressourcen schränken wir die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten von ihnen und von kommenden Generationen zunehmend ein; in einem Ausmass, das nicht mehr zu verantworten ist.

Den Jahreskredit in fünf Monaten aufgebraucht

In diesem Jahr haben wir den «Earth Overshoot Day» (Global Footprint Network) bereits am 29. Juli erreicht. An diesem Tag haben wir bereits alle Ressourcen aufgebraucht, welche die Erde innerhalb eines Jahres ersetzen kann. Mit anderen Worten: Ab diesem Tag (der in den 1980er-Jahren noch im November lag) zehren wir für den Rest des Jahres von den Ressourcen für zukünftige Generationen.

Weltweit bräuchten wir 1,75 Erden, um unseren Bedarf an Ressourcen zu decken. Was besonders nachdenklich macht: Die Schweiz erreichte ihren «Erschöpfungstag» schon Monate früher. Seit dem 9. Mai dieses Jahres leben wir hier quasi auf Pump zukünftiger Generationen – und klauen ihnen die Zukunft. Würde die gesamte Weltbevölkerung so viel Ressourcen verbrauchen wie wir Schweizerinnen und Schweizer, benötigten wir 2,85 Welten!

Die Klimajugend ist nicht nur laut; sie stellt auch klare Forderungen. Eine davon lautet ganz simpel und richtet sich insbesondere an Politikerinnen und Politiker: Hört euch die derzeit beste vereinte Wissenschaft an. Tatsächlich zeigen wissenschaftliche Erkenntnisse und Berichte immer deutlicher, dass weiter wie bisher definitiv keine Option ist.

Der Sonderbericht des Weltklimarats IPCC von Anfang August zu den Landökosystemen zeichnet zum Beispiel ein düsteres Bild: Wir gefährden grosse Teile des Bodens, der uns nährt, die Biodiversität erhält und der für ein stabiles Weltklima entscheidend ist. Im Mai dieses Jahres veröffentlichte der Weltbiodiversitätsrat IPBES seinen umfassenden Zustandsbericht über die Biodiversität – mit einer vernichtenden Bilanz: Weltweit sind über eine Million Arten bedroht, und die Übernutzung führt zum Kollaps ganzer Ökosysteme. Klima- und Biodiversitätskrise sind zwei Seiten derselben Medaille.

Schweiz mit grossem Nachholbedarf

Spätestens mit der Klimabewegung ist die Klima- und Biodiversitätskrise auch vor unseren Haustüren angekommen. Gerade die Schweiz hat einen enormen Nachholbedarf. Nicht nur befinden wir uns mitten unter jenen Ländern, die jeweils bereits im Frühjahr so viel Ressourcen verbraucht haben, dass wir den Rest des Jahres quasi auf Öko-Pump leben. Unter den 35 in der OECD vereinigten Industrienationen sind wir jene mit dem höchsten Anteil an gefährdeten Tier- und Pflanzenarten –



Gentechnik: Gespaltene Bürgerliche verhindern knapp ein unbefristetes Moratorium

In der Vorlage zur Änderung des Gentechnikgesetzes GTG wurden zwei Themen ausführlich und kontrovers diskutiert. Erstens die Frage, ob in der Schweiz künftig der Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in speziellen Gebieten und unter gewissen Auflagen erlaubt sein soll – also die sogenannte Koexistenz. Der Bundesrat wollte diese Möglichkeit schaffen, doch im Nationalrat stimmte zuletzt nur die FDP deutlich für die Koexistenz. Selbst die SVP stellte sich mehrheitlich gegen dieses Ansinnen. Damit ist die Gentechnik das einzige Dossier, in dem die SVP mitunter eine umweltfreundliche Haltung vertreten hat.

Das zweite Thema war die Frage zum Umgang mit dem Gentechnikfrei-Moratorium. Im November 2005 hat das Schweizer Stimmvolk ein fünfjähriges Anbaumoratorium angenommen, das seither mehrmals verlängert worden ist. In der Vorlage beantragte der Bundesrat dem Parlament, das Moratorium nochmals um vier Jahre bis zum 31. Dezember 2021 zu verlängern. Im Nationalrat wurde jedoch der Antrag eingebracht, das Moratorium auf unbestimmte Zeit zu verlängern, um nicht alle vier Jahre die immer gleichen Debatten zu führen. Dieser Antrag wurde in der hier visualisierten Abstimmung zuletzt knapp abgelehnt. Ein unbefristetes Gentechnikverbot ging vielen Bürgerlichen dann doch zu weit; auch die SVP stimmte mehrheitlich gegen diesen Antrag.

In der Schlussabstimmung stellte sich der Nationalrat dann mit 157:36 Stimmen deutlich hinter die von der Botschaft des Bundesrats abweichende Gesamtvorlage. 31 Neinstimmen kamen aus der FDP-Fraktion, deren fünf von der SVP. ml

sowie jene mit dem geringsten Anteil an geschützten Flächen.

Und die Politik? Hier mangelt es weiterhin an Willen, die Zeichen der Zeit endlich zu erkennen und verantwortungsvoll zu handeln. Seit den letzten Parlamentswahlen bläst Anliegen von Umwelt und Natur unter der Bundeshauskuppel ein noch steiferer Wind entgegen. Politische Vorstösse zum massiven Abbau von gesetzlichen Errungenschaften zum Schutz und zur Förderung von Natur und Landschaft werden nicht nur immer dreister – sie sind auch mehrheitsfähig geworden.

Unsere Zukunft steht auf dem Spiel

Dabei bräuchte es in Zeiten ökologischer Krisen verbindliche Regeln, damit wir wichtige Umweltziele schnell erreichen. Wollen wir die Klima- und Biodiversitätskrise meistern und so die Weichen für eine zukunftsfähige Gesellschaft stellen, müssen wir handeln – jetzt und nicht erst morgen.

Was es kosten würde, wenn wir nicht handeln? Die Antwort der Kinder und Jugendlichen, die fürs Klima streiken und auf die Strasse gehen, ist eindeutig: Es kostet unsere Zukunft. Deshalb ist es so wichtig, dass wir alle am 20. Oktober wählen gehen – und Politikerinnen und Politikern das Vertrauen schenken, die nicht nur an die nächsten Wahlen denken, sondern an die nächste Generation. Natur und Umwelt werden es ebenso danken wie die kommenden Generationen.

URS LEUGGER-EGGIMANN ist Pro Natura Zentralsekretär.

